

Ellerau will 21 Millionen vom Bund

Außerdem fordern die Politiker einstimmig, dass die AKN auch künftig bis zum Hamburger Hauptbahnhof fährt.

Michael Schick
Ellerau

Gut 21 Millionen Euro kosten die Wünsche, die Ellerau vom Konjunkturpaket II der Bundesregierung erfüllt haben möchte. „Allein 18 Millionen fallen für die Beiseitigung des Bahnübergangs am Orseingang an“, sagte Bürgermeister Eckart Urban (SPD) in

der Gemeindevertretung. Er hat den Wunschzettel an den Kreis Segeberg weitergegeben. Um die langen Staus vor der AKN-Schranke an der Kreuzung Bahnstraße/Berliner Damm zu beseitigen, soll die Straße unter den Gleisen hindurchgeführt werden. Neue Krippenplätze sollen für 750 000 Euro geschaffen werden, 500 000 Euro will die Gemeinde ausgeben, um Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern der Sporthallen zu installieren und Sonnenstrom zu erzeugen. 425 000 Euro sind nötig, um die Moortwiete von Grund auf zu sanieren, 350 000 Euro kalkuliert die Verwaltung, um die Fassade und den Dachboden der Grundschule zu dämmen und Energie zu sparen. Weiter auf der Liste stehen zusätzliche Energiespar-

Maßnahmen, der Ausbau des Fuß- und Radwegenetzes sowie eine Fahrrad-Abstell-Anlage an der AKN-Station Tanneneck.

Einstimmig setzen sich die Kommunalpolitiker dafür ein, dass die AKN auch künftig bis zum Hauptbahnhof durchfährt. Wegen der jährlichen Mehrkosten von rund 600 000 Euro hatten die Länder Schleswig-Holstein und Hamburg das Projekt in Frage gestellt (wir berichteten). Bürgermeister Eckart Urban soll Kontakt zu den Amtskollegen in den anderen Städten und Gemeinden entlang der Strecke aufnehmen, um gemeinsam für die

Fortführung des Angebotes zu kämpfen. Einvernehmlich haben die Gemeinderäte ebenfalls beschlossen, den Schülern der Dietrich-Bonhoeffer-Schule in Quickborn freie Nutzungszeiten der Ellerauer Sporthallen zur Verfügung zu stellen – die Quickborner Jugendlichen müssen ausweichen, da die marode Turnhalle durch einen Neubau ersetzt wird.

Zudem hat der Gemeinderat mehrheitlich entschieden, dass die Kosten für die Stufenfahrt der örtlichen Volkshochschule im Mai auf 1185 Euro festgesetzt werden. Diesen Preis habe die VHS den Teilnehmern

im September 2008 genannt. Ende des Jahres hatten die Gemeindevereiter beschlossen, den Kostendeckungsbeitrag für Studienreisen künftig auf 120 Prozent festzusetzen – damit sollen nicht nur die Reise, sondern auch der Aufwand für die Organisation bezahlt werden. Im VHS-Programmheft wurde der Preis für die Reise nach Budapest, Prag und Wien dann mit 1362 Euro angegeben. „Mehrere Reiseteilnehmer hatten der Gemeinde rechtliche Schritte gegen die nachträgliche Preiserhöhung angedroht“, sagte Wolfgang Dutsch, Fraktionschef von Aktives Ellerau – die Wählervereinigung hatte beantragt, es beim ursprünglichen Preis zu lassen. Rechtliche Auseinandersetzungen schaden der Gemeinde und ihrer VHS.

Mehrere Reise-teilnehmer hatten rechtliche Schritte gegen die nachträgliche Preiserhöhung angedroht.